

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

4.8.1922 (No. 179)



Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
J. B. Reuter
E. R. u. f.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 135 M. — Einzelnummer 2 M. — Anzeigengebühr: 3 M. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipierte Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Steuerabzüge.

Der Steuerabzug erfährt vom 1. August 1922 ab eine wesentliche Änderung. Während bisher die Beträge, um die sich der von dem Arbeitslohn einzubehaltende Betrag von 10 vom Hundert minderte, auf den Monat gerechnet, je 20 Mark auf den Steuerpflichtigen und für seine seiner Haushaltung zählende Ehefrau, 30 Mark für jedes zur Haushaltung gehörende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen oder jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitseinkommen und 45 Mark zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abzüge betragen haben, betragen sie nunmehr vom 1. August 1922 ab das Doppelte von 20 Mark und 45 Mark, nämlich 40 und 90 Mark monatlich und statt je 30 M. für die Kinder nunmehr monatlich je 80 M. Die erhöhten Beträge finden bei jeder nach dem 31. Juli 1922 erfolgenden Lohnzahlung für einen nach dem 31. Juli 1922 fällig gewordenen Arbeitslohn Anwendung, während in der Zeit vor dem 31. Juli 1922 für einen bis zu diesem Zeitpunkt fällig gewordenen Arbeitslohn die alten Ermäßigungsätze von 20, 30 und 45 Mark monatlich oder bei kürzeren Lohnzahlungsperioden die entsprechenden Teilbeträge Platz greifen. Im übrigen — abgesehen von diesen ziffermäßigen Änderungen — ist der Arbeitgeber nach wie vor an die Einträge, die von der Gemeindebehörde oder dem Finanzamt auf dem Steuerbuche hinsichtlich der Zahl der bei dem einzelnen Arbeitnehmer zu berücksichtigenden Familienangehörigen gemacht sind, gebunden.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen.

Von Dr. Hermann Fackeldey, Mitglied des Reichstags.
In der europäischen Frage liegt europäischer Zündstoff. Sie hielt die Welt in Spannung, bis das Abkommen zwischen Deutschland und Polen erfolgte. Und sie ist noch immer nicht gelöst. Denn Polen ruht nicht. Es will die Herrschaft ausdehnen auf alles Land, wo Stammesbrüder wohnen, auch wenn diese in der Minderheit sind. Hinter den Polen aber steht schweigend und treibend Frankreich. Seit Interesse ist es, die obersteinstische Schwerindustrie genau so wie die rheinisch-westfälische in seinen Einflußkreis hineinzuziehen. Man hat Obereschleien den zweiten Lungenflügel Deutschlands genannt. Es ist in der Tat neben dem Ruhrgebiet der wichtigste Wirtschaftsbereich, über welchen Deutschland verfügt. Sein Reichthum liegt vor allem in den Kohlenflözen, die bis zu einer Tiefe von 1000 Meter reichen, und deren Gesamtgehalt man auf 113 Millionen Tonnen schätzt. Zum Teil sind es Flöze von einer Mächtigkeit von 13 Metern. Der größte Teil ist Zukunftsvermögen, besonders in der Gegend von Pleß und Rybnik. Deutscher Energie und deutscher Intelligenz war es zu danken, daß auf diesem Boden eine bis ins kleinste und feinste vollendete Industrie erwuchs, gewissermaßen ein einziger großer Arbeitsaal entstand. Eine eigene polnische Kultur gibt es dort nicht, und deshalb war es nur natürlich, daß bei der Abgrenzung der grösste Teil der Bevölkerung für Deutschland votierte. Unantastlich aber war es, daß der Völkerverbund trotzdem einen erheblichen Teil von Obereschleien den Polen zuschlug. Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, wie die jetzt eingeleiteten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen ablaufen. Als man zum erstenmal im August 1919 zu gleichem Zweck zusammentrat, bereitete der obereschleische Aufstand den kaum begonnenen Verhandlungen ein jähes Ende. Jetzt will man noch einmal versuchen, die überaus schwierigen Fragen einer Lösung zuzuführen. Jede der Verhandlungsparteien hat eine Denkschrift vorgelegt mit einer großen Anzahl von Forderungen, und es gilt nun, zwischen diesen Gesandnissen zu vermitteln. Es handelt sich um Rechnungen und Gegenrechnungen, um Schadensersatzansprüche, um das Verhältnis der deutschen und der polnischen Markt zu einander. Man versucht einen Handelsvertrag zu vereinbaren, also Bestimmungen über Ein- und Ausfuhr, über Niederlassungsrechte usw. zu treffen. Deutscherseits sind gewisse Schranken für die Ausfuhr nach Polen aufgerichtet worden, weil wir wegen der Währungsunterschiede noch nicht volle Freiheit des Warenaustausches zugestehen können. Lebhaftige Klagen werden von uns über die Behandlung der Deutschen in Polen geführt. Besonders sind es die Anstifter, die über polnischen Druck zu klagen haben und sich bereits genötigt sahen, die Vermittlung des Völkerverbundes anzurufen. Von der einen Million deutscher Seelen in Polen ist dort nur noch etwa die Hälfte vorhanden. Die übrigen sind ausgewandert, weil der auf sie ausgeübte Terror unerträglich wurde. Von einem Schutz der Minderheiten kann in Polen keine Rede sein. Darin liegt geradezu ein Urdank Polens gegen die Deutschen, welche Kultur ins Land brachten und die polnische Wirtschaft verbessern halfen. Ob es gelingen wird, vorteilhafte Vereinbarungen mit den polnischen Vertretern zu treffen und dadurch die gegenseitigen Beziehungen wenigstens vor weiterer Verschlechterung zu bewahren, bleibt abzuwarten. Bei dem einseitig nationalistischen Zuge, der das Volkentum durchdringt, sind Zweifel wohl am Platze. Die Polen begnügen sich nicht mit dem, was sie unbilligerweise erhalten haben. Sie strecken ihre Hände immer

weiter vor und suchen das Deutschtum auch da zu verdrängen, wo es auf unzweifelhaft deutschem Boden steht. Die polnische Propaganda ist unheimlich gut organisiert, und wir würden einen schweren Fehler begehen, wenn wir nicht in eine Gegenbewegung einträten. Darum sei an dieser Stelle nochmals auf den „Obereschleischen Hilfsbund“ hingewiesen, der der Träger dieser Gegenbewegung ist. In ihm vereinigt sich alles, was die große nationale Bedeutung der obereschleischen Frage erkennt und gewillt ist, der dortigen Bevölkerung für ihr treues Festhalten am Deutschtum durch die Tat zu danken. Der „Hilfsbund“ wird um so mehr leisten können, je größere Mittel er erhält. Wir können deshalb nur wiederholt empfehlen, ihm reichliche Spenden zuzuführen (an sein Postkontokonto Berlin 10 809 und bei Beträgen über 20 000 Mark an das Bankhaus Mendelssohn u. Co., Berlin). Er hat die alleinige Sammelermäandnis und sacht auch sonst alle auf die Unterstützung Obereschleiens gerichteten Kräfte einheitlich in sich zusammen.

Politische Neuigkeiten. Die Antwort Bayerns.

Der bayerische Gesandte v. Preger hat gestern mittag um 12 Uhr dem Reichspräsidenten folgendes Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten übergeben:
Hochverehrter Herr Reichspräsident!
Euer Hochwohlgebornen gefälliges Schreiben vom 27. Juli 1922 regt eine Verständigung über die schnelle Beilegung des Streitfalls zwischen dem Reich und Bayern aus Anlaß der gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der republikanischen Verfassung an. Zum Wohle unseres deutschen Volkes und Landes wünschen Sie die Ausführung der bayerischen Verordnung vom 24. Juli 1922 auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 Satz 2 der Reichsverfassung vermieden zu sehen. Für diese aus staatsmännischen Erwägungen entspringende Auffassung weiß Ihnen die bayerische Regierung ausbrüchlichen Dank; denn auch sie erblickt in der Aufrechterhaltung des Zwanges die einzige Möglichkeit, den Streitfall ohne Schaden für das deutsche Vaterland zu schlichten.

Wenn das Schreiben vom 27. Juli 1922 den Standpunkt vertritt, daß die bayerische Verordnung der verfassungsmäßigen Grundlage entbehre, so vermag ich dem nicht beizupflichten. Ich muß mir an dieser Stelle alle verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen ver sagen, umso mehr, als eine bloß formalrechtliche Entscheidung keine Lösung einer Frage bringen könnte, deren wesentliche Bedeutung auf politischem Gebiete liegt. Die Verordnung ist eine Nothwehrmaßnahme zu der die bayerische Regierung als die verantwortliche Hüterin der verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebietes durch die klare Erkenntnis eines staatlichen Notstandes gezwungen worden ist.

In der Tat sind trotz ihrer Vorstellungen und Warnungen wichtige bundesstaatliche Hoheitsrechte durch die neuen Gesetze beeinträchtigt worden. Diese Notlage ergibt sich aber aus der tiefgehenden Erregung weitester, von treuer deutscher Gesinnung erfüllter Kreise des bayerischen Volkes über den Vollzug dieser Gesetze, einer Erregung, die fortgesetzt in zahlreichen Kundgebungen von Angehörigen aller Schichten und aus allen bayerischen Gebieten in Süd und Nord wie aus der Palz Ausdruck findet. Sollte die Verordnung, sei es schlechthin beseitigt, sei es durch eine unbedingende, den Reim neuer Verhandlungen bergende Regelung ersetzt werden, so würde in ganz Bayern ein Zustand der Verunruhigung eintreten, für den die bayerische Regierung auch vom Standpunkte des Reichswohles die Verantwortung nicht übernehmen könnte. Vielmehr erfordert es der Ernst dieser Lage vom Standpunkt der politischen Betrachtung, daß eine Rechtslage geschaffen wird, die auch unsere Staatsnotwendigkeiten entspricht. Hierzu die Hand zu bieten, ist die bayerische Regierung jederzeit bereit; sie hat den dringenden Wunsch, über die Beilegung des jetzigen Falles hinaus die Wurzel künftiger Konflikte zu beseitigen und damit den Beziehungen zwischen Reich und Ländern dauernd zu dienen.

Die Stimmung des bayerischen Volkes wird hauptsächlich von der Beförderung geleitet, die Weimarer Verfassung könnte so ausgelegt werden, als ermögliche sie die schrittweise Beseitigung der Hoheitsrechte und der Staatlichkeit der Länder. Sie haben, verehrt Herr Reichspräsident, sowohl bei Ihrem letzten Aufenthalt in München, wie auch in Ihrem Schreiben den Entschluß, die Staatlichkeit der Länder zu schützen, klar ausgesprochen. Das bayerische Volk erkennt dies mit Befriedigung an und vertraut, daß sich mit Ihrer tatkräftigen Hilfe ein Weg finden möge, um eine entsprechende Sicherheit für die Zukunft zu erhalten, und zwar durch Vorschriften, die eine

dauernde Bürgschaft dafür böten, daß Hoheitsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung beseitigt oder eingeschränkt werden könnten.

Zum Schluß darf ich der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß gerade die Not der Gegenwart und des staatlichen Lebens gebieterisch dazu führen sollte, das ganze deutsche Volk in seinen einzelstaatlichen Gruppen und aus eigener Gesinnung heraus zu freudiger Mitarbeit an den Aufgaben des Staates heranzuziehen. Regierung und Volk in Bayern sind auch ihrerseits ernstlich gewillt, das Deutsche Reich vor Erschütterungen zu bewahren, die zu vermeiden gerade in dieser Zeit ausnpolitischer Spannung gemeinsame Pflicht ist.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener
Hugo Graf Berchthgott.

Eine Entschlieung des Stadtrats Ludwigshafen.

Der Ludwigshafener Stadtrat sah in seiner letzten Sitzung folgende Entschlieung:

Die bayerische Regierung hat mit Unterstützung der Mehrheit des bayerischen Landtages eine Verordnung erlassen, welche sich gegen die Durchführung der vom Reichstage verfassungsmäßig beschlossenen Gesetze zum Schutze der Republik richtet und dieselben unwirksam macht. Der Stadtrat protestiert gegen dieses Vorgehen der bayerischen Regierung und erwartet, daß diese die Verordnung bayerischen Regierung aufhebt! Sollte die Regierung diesem Ansinnen nicht stattgeben, wird von der Reichsregierung erwartet, daß diese mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Durchführung der Reichsgesetze in Bayern veranlaßt. Die pfälzische Bevölkerung wird in dieser Frage unentwegt hinter der Reichsregierung stehen. Für die Folgen, welche ein offener Konflikt zwischen Bayern und Reich herbeiführen müßte, trägt die bayerische Regierung allein die Verantwortung.

Die Reparationsdebatte im englischen Unterhaus

wurde am Donnerstag vom Schatzkanzler Sir Robert Horne eröffnet. Er erklärte, daß unter der Reparationsengziehungskatte Großbritannien bisher 6 Millionen Pfund Sterling eingenommen habe. Aber den Bericht des Garantienkomitees könne er noch nichts endgültiges sagen. Aber er könne mit ziemlicher Bestimmtheit erklären, daß die neuen deutschen Steuern eingeführt worden seien. Eine Erhöhung der früheren Steuern sei nicht für angängig gehalten worden. Dafür habe Deutschland aber eine Zwangsanleihe von 70 Milliarden Papiermark ausgegeben. Die Zuschüsse zum Getreide usw. seien aufgegeben worden. Er wolle ganz offen sagen, daß seiner Ansicht nach die einzige wirkliche und wirksame Maßnahme zur Verhinderung der Kapitalflucht darin bestehe, daß die Leute in Deutschland, die Kapital besitzen, zur Lage Deutschlands genügend Vertrauen erhielten. Wenn auch der ganze Bericht des Garantienkomitees noch nicht vorliege, so höre er doch, daß die Deutsche Regierung den größten Teil der von der Reparationskommission aufgestellten Forderungen erfüllt habe. Der Schatzkanzler gab darauf folgenden Rückblick über die bisher von Deutschland seit dem Waffenstillstand gemachten Leistungen:

Barzahlungen 77 Millionen Pfund Sterling, örtliche Zahlungen 80 Millionen Pfund Sterling, Wert der abgelieferten Schiffe und der Naturalleistungen 160 Millionen Pfund Sterling, Regierungseigentum in den abgetretenen Gebieten (Polen, Danzig, Tschchoslowakei) 125 Millionen Pfund Sterling, Saarbergwerke etwa 23 Millionen Pfund Sterling, zusammen 415 Millionen Pfund Sterling. Nicht eingerechnet seien die Gebiete, die an andere Staaten abgetreten wurden. Von diesen 415 Millionen habe Großbritannien 56 Millionen erhalten, die so gut wie ganz für die Besatzungsarmee verwendet worden seien. Die Privatschulden gehörten nicht zum Konto „Reparationen“. Ihre Zahlung beeinflusse aber die Fähigkeit der deutschen Regierung, auswärtige Zahlungsmittel für die Reparationsleistungen zu beschaffen. Bisher seien 88 Millionen Pfund Sterling eingegangen, wovon Großbritannien erhalten habe 22 Millionen, Frankreich 12 Millionen und Belgien 2 1/2 Millionen. Noch zu bezahlen seien 85 Millionen, davon 12 1/2 Millionen an Großbritannien.

Die in der Presse aufgetauchte Behauptung, die Aktion der französischen Regierung gegenüber Deutschland bilde eine Antwort auf die Note Balfours, sei unrichtig. Das französische Ultimatum sei ergangen mehrere Tage, bevor die Balfournote bekannt geworden sei. Es werde vielfach die Frage aufgeworfen, wie es komme, daß Deutschland nicht imstande gewesen sei, mehr als den genannten Betrag zu zahlen. Zeitweise wer-

Mit einer Beilage: 83. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.



den dabei als Vergleich die Entschädigungszahlungen angeführt, die Frankreich nach dem Kriege zwischen 1870 und 1873 aufgebracht habe. Beide Fälle seien verschieden. Frankreichs auswärtige Bilanzen seien intakt geblieben. Frankreich war imstande, seine Anleihen von anderen Ländern zu erhalten und habe tatsächlich während des genannten Zeitraumes 71 Millionen Pfund Sterling aufgebracht. Vor allen Dingen habe Frankreich 1872/75 eine sehr gute aktive Handelsbilanz. Mit Deutschland stehe es in dieser Beziehung gerade umgekehrt. Im Verlaufe des Krieges seien die auswärtigen Bilanzen und die Kapitalanlagen beschlagnahmt und durch den Friedensvertrag konfisziert worden. Seine Kapitalanlagen in den neutralen Ländern seien durch die Beschaffung von Lebensmitteln und Rohmaterialien während des Krieges so gut wie erschöpft gewesen. Die Bestimmungen über die Kapitalien hätten es Deutschland unmöglich gemacht eine Anleihe aufzunehmen. Die Deutschland verbleibenden Geldquellen seien nach dem Kriege sehr in Anspruch genommen worden durch Reparationszwecke. Deutschland habe 250 Millionen Pfund Sterling größtenteils für Lebensmittel und Futtermittel ausgegeben. 50 Millionen davon seien den deutschen Goldvorräten entnommen worden und 10 Millionen in Wertpapieren, was besonders wichtig sei. 190 Millionen seien erlangt worden durch zeitweilige Kredite und durch den Ankauf von Wechseln. Dies schließe den Verkauf von enormen Summen deutscher Mark in sich. Hierzu komme, daß große Kapitalien in deutscher Mark bestanden, die dazu führten, daß große Mengen davon sich in ausländischen Händen befinden, die in der Zeit der kritischen Perioden auf den Markt geworfen wurden. Deutschland habe während der genannten Periode mehr importiert als exportiert. Das Ergebnis sei gewesen, daß immer mehr Papier ausgegeben wurde und der Wert immer mehr gesunken sei. Die deutsche Kapitalanlage überschreite vermutlich den Betrag von 10 Millionen Pfund Sterling. Deutschland sei bis zu einem gewissen Grade an seinem Unglück selbst schuld: erstens infolge seiner Finanzpolitik während des Krieges, außerdem habe es versucht, das Defizit seines Budgets durch den Druck von Banknoten auszugleichen. England habe deshalb auch Vorstellungen bei Deutschland erhoben. Seit Januar d. J. sei in dieser Beziehung eine Besserung der Lage des deutschen Budgets wahrzunehmen. Er sei nach reichlicher Überlegung der Ansicht, daß Deutschland eine beträchtliche Reparationssumme zahlen könne. Zweifellos werde Deutschland selbst den Wunsch haben, eine vernünftige Reparationssumme zu zahlen, die seiner Leistungsfähigkeit entspricht, aber im Augenblick sei ein Zahlungsaufschub erforderlich. Mehr könne er augenblicklich nicht sagen.

Am Schlusse seiner Rede wandte sich Dorne der Frage der interalliierten Schulden zu und sagte, er wolle im Zusammenhang mit der Balfournote nochmals betonen, daß England seine Verpflichtungen gegenüber Amerika anerkennt und sich ihrer in keiner Form entziehen will. Gleichzeitig sei man in England nicht blind gegenüber der schweren Lage, die die gegenwärtige Verschuldung für die einzelnen Nationen bedeute. Es gebe kein größeres Hindernis für die Wiederherstellung der Welt als die Ausdehnung dieser Schulden. Die gegenseitige Annulierung der Schulden würde der erste Schritt sein zum Wiederaufbau der Welt. England könne aber in dieser Beziehung nicht allein gehen und dürfe nicht die Lage seiner Bürger vergessen.

Hierauf ergriff Hanth das Wort. Er sagte u. a., die Reparationen müßten auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werden. Das Problem erfordere eine schnelle Regelung, andernfalls werde Deutschland mit schnellen Schritten dem Bankrott zugehen.

### Eduard Graf Keyserling.

Von Will Scheller.

Eine fest gefügte, wohl geordnete und lustig abgeglichene Welt ist es, die von der lebhaften Phantasie eines Dichters, tiefen Erlebnis gemäß, entworfen und von seiner sicheren Hand ausgeführt, wie das groß angelegte Gemälde eines feinfühligsten Meisters der bildenden Kunst, faszinierende Wirkung tut. Und obwohl es nur der Bruchteil eines Bruchteils der menschlichen Gesellschaft ist, dessen Leben sich abspielt, macht dieses Leben in der Darstellung Eduard Graf Keyserlings doch den Eindruck einer gewissen Vollkommenheit, so als läge außerhalb seiner nichts mehr, was noch von Belang wäre für das eben hier Geschilderte, es kommt kein Gedanke auf, daß es anders gehen könnte, als es hier nun einmal geht, und das besagt, die didaktische Nachbildung ist der Wirklichkeit konsequent, nicht, weil sie photographiert, sondern weil sie neben der Wahrheitsliebe und Lebensfülle von dem geistigen Grund eines warmen, allgemein menschlichen Verständnisses durchdrungen und von einer reifen, ausgeprägten und dennoch charaktervollen Gestaltung getragen ist. Keyserlings Kunst ist eine geistige Kunst.

Ihren wesentlichen und historisch-behaltenden Ausdruck hat sie in dem größeren und kleineren Romanen des Dichters gefunden, und es kann sonach nur jüngem Erfolg als solchen nach dem 1918 im 64. Lebensjahre erfolgten Ableben desselben nicht gesammelte „Werke“, sondern „Gesammelte Erzählungen E. v. Keyserlings“ (bei S. Fischer, Berlin) veröffentlicht worden sind. Mit Recht sagt Ernst Heilmann, der Herausgeber, in seiner vorzüglichen Einführung in Wesen und Wert des Romanciers, daß es sich bei dessen schöpferischen Leistungen um die Epit einer lyrisch gestimmten Persönlichkeit handle, einer Persönlichkeit, deren Schicksal und Charakter vielfach in der Dichtung den Reflexen seines Erdendallens, gespiegelt sei. Deshalb haben die Erzählungen Keyserlings immer eine gewisse autobiographische Bedeutung. Das Erlebnis der Erlebnislosigkeit, das am Leben Verwelken, der Verzicht auf die glückhaften Greifbarkeiten des Daseins, konnten wohl nicht besser dargestellt werden, als von einem K., der selber am eigenen Leibe spürte, was das alles bedeutet. Enttäuschung ist das eine große Vorzeichen des Lebens, das Edward Graf Keyserling als Mensch geführt hat, Gelassenheit aber das andre, und diese beiden Elemente, Erfüllungslustigkeit und Resignation, bilden auch die Grundpfeiler der Geschehnisse, die er gestaltet, der Romane, die er im Verlauf von einem Dutzend Jahre, größtenteils als Einzelwerk, geschrieben hat. Die vorliegende Ausgabe enthält in

In der Debatte ergriff auch Lloyd George das Wort. Er nahm auf die Ausführungen Asquiths Bezug, endlich einmal reinen Tisch zu machen. Er erklärte, daß er ein bestimmtes Ziel habe. Es sei nicht nur im Unterhause, sondern überall gesagt worden, England müsse scharf darauf achten, daß Frankreich Deutschland nicht zu hart anfaße. Dann aber meine man wiederum, müsse bei allem, was es unternehme, in Übereinstimmung mit Frankreich handeln. Es sei aber ein Ding der Unmöglichkeit, beiden Richtungen zu folgen. Man müsse den Tatsachen ins Auge sehen. Es sei nicht wahr, daß die deutsche Regierung mit der englischen verhandelt habe, sondern daß England mit Frankreich, Italien und Japan diskutiere. Lloyd George fuhr fort: „Es gibt Punkte, wo es nur ein Kompromiß oder einen Bruch geben kann. Die britische Regierung trat mit ihren Alliierten die beste Anordnung, die möglich war. Hätten wir gesagt, wir brauchen die Konferenz nicht, wenn man mit unserer Politik nicht einverstanden ist, so wäre das Bündnis zu Ende gewesen. Bei dem Vertrag von Versailles verhandelten wir mit den Alliierten über zwei Punkte, über die sich hier im Hause alle Parteien einig sind, nämlich den Betrag der Schadensersatzzahlungen und Deutschlands Zahlungsfähigkeit. Beide sind jetzt nicht diskutabel. Durch eine Festsetzung des Reparationsbetrages vor weiterem Eintreten seiner Valuta wird Deutschland 2½ mal weniger bezahlen müssen, als die jetzigen Schadensersatzkosten betragen würden, und sich so vor dem Bankrott retten. Deutschland sollte selbst nach Unterzeichnung des Vertrages ein Angebot machen, hat es aber nicht getan. Daher brauchen wir die Reparationskommission, die eine gewisse Entspannung der Kriegsatmosphäre abwarten mußte, um über die Ansprüche und Termine zu urteilen. Ich begrüße es, daß Poincaré vor uns mit Vorschlägen hervortritt, und hoffe, das Haus wird uns zu ihrer Prüfung und bestmöglichen Anordnung freie Hand lassen. Ein zu starker Druck auf Deutschland kann gar nichts erreichen und birgt noch die Gefahr in sich, daß sich Deutschland in seiner Verzweiflung den Reaktionen oder den Kommunisten in die Arme wirft. Dann ist die ganze Reparation verloren und ein revolutionäres Deutschland in der Mitte Europas ist noch etwas ganz anderes als ein revolutionäres Rußland. Es handelt sich da um die Revolution in einem gut organisierten Land mit intelligenter Bevölkerung. Es wäre ein Fehler, den Boden rechtlicher Ansprüche zu verlassen. In der Konferenz am Montag werde ich manden Vorschlag zu berücksichtigen haben, der Europa mehr schaden als nutzen würde. Wir haben unsere Ansprüche, Frankreich, Belgien und Italien haben die ihren, alle aber müssen als gleichberechtigt betrachtet werden. Ich hoffe, daß wir auch fernerhin zusammengehen können.“

### Die Londoner Initiative.

In der Presse wie in politischen Kreisen wird die außerordentliche Bedeutung der neuesten englischen Note hervorgehoben. Kritik wird nur von denjenigen geübt, die, wie „Times“ und „Morning Post“, gehofft hatten, daß die Londoner Regierung die neue Wera der Reparationspolitik durch die großzügige Gewährung eines unbedingten Verzichts auf die französische Schuld eröffnen werde. Die jetzt gewählte Taktik kam nach langem Schwanken, wobei das Kabinett diesen indirekten Appell an die Vereinigten Staaten aus naheliegenden Gründen bereits abgelehnt hatte, zustande. Die „Times“ versichert, daß Treason und City gegen das nunmehr gewählte Verfahren gewesen seien. Unzweifelhaft war der kürzlich erwähnte Schritt des Verbandes der Industriellen, die eine stärkere Steuerbelastung fürchten, für die Absendung der Note wesentlich mitbestimmend.

Die „Morning Post“ führt aus, daß die City in der Note lediglich die Absicht ertenne, allen Beteiligten die hohe Wichtigkeit der Tatsachen vorzuhalten. Dies ist zweifellos der Grundgedanke der diplomatischen Aktion, mit der London die

Laumende Periode der internationalen Verhandlungen eingeleitet hat. London wünscht Frankreich, aber auch Deutschland heranzumachen, daß das endgültige Schicksal der Gesamtfrage keineswegs von England allein abhängt. Gleichwohl sind die Forderungen der Note von allerhöchster Bedeutung, vor allem deshalb, weil nunmehr die englische Politik endgültig auf eine klare Linie festgelegt ist und dabei für den Fall einer allgemeinen Einigung ein völliger Verzicht Englands auf seinen Anteil an den Zahlungen aus Reparation und interalliierten Verschuldung garantiert wird. Noch stärkere Hervorhebung aber verdient die Tatsache, daß die englische Note auch für den Fall, daß eine Amerika einschließende Einigung vorerst nicht erzielt wird, definitiv zusagt, daß England unter keinen Umständen von seinen Schulden mehr einfordern werde, als was die Union von England einziehe. Da die Note Deutschland, Rußland und die Alliierten als Schuldner völlig gleichstellt und ihre Gesamtsumme einschließlich des englischen Anteils an der Reparation auf 3400 Millionen Pfund berechnet, während die englische Schuld bei den Vereinigten Staaten nur 850 Millionen beträgt, so bedeutet jener Satz, daß England seine gesamten Schulden ohne Rücksicht auf Amerikas Haltung um drei Viertel ihrer Schulden entlastet. Somit eröffnet England die für die nächste Zeit beabsichtigten europäischen Verhandlungen mit einer erheblichen Konzession und der Zusicherung der Bereitschaft, gegebenenfalls später noch weiterzugehen.

Der Verband der Industriellen erklärt in einer neuen Kundgebung, daß England weitere Opfer nur gegen ernsthaft zugeständnisse der anderen Beteiligten bringen dürfe.

„Aus der gesamten Sachlage geht“, wie der Londoner Korrespondent der „Zeit.“ sagt, hervor, daß die Aussprache mit Poincaré keinesfalls über Präliminarien hinausgehen kann. Für die englische Seite ist der Hauptgegenstand die akute Frage des Moratoriums, die das Clearing-Problem mit einschließt. Es darf angenommen werden, daß in dieser Beziehung für die nächste Zeit eine annehmbare Regelung möglich ist, womit zunächst einmal die für die Weiterführung der durch die Balfour-Note eingeleitete Aktion genommen wäre.“

### Die Absichten Poincarés.

Die Frage, welche Zwangsmassnahmen die französische Regierung durchführen wird, wenn es am Samstag feststeht, daß die deutsche Zahlung von 2 Millionen Pfund Sterling am 15. August nicht vorliegen kann, beschäftigt die französischen Wirtschaftskreise ganz erheblich. Man möchte gerne wissen, zu welchen Zwangsmitteln Poincaré sich entschlossen hat. Von den französischen Journalisten befragt, meierte er sich, irgend etwas Tatsächliches mitzuteilen. Er erklärte nur, die Maßnahmen, deren Anwendung vorgezogen sei, würden sich progressiv steigern. Was man am 5. August zur Anwendung bringe, sei „die weniger strenge Maßnahme“. Man werde sie nach und nach verstärken. Poincaré fügte hinzu: „Wir sind sicher, daß man uns nicht verhindern kann, wirkungsvoll zu handeln, denn wir haben deutsche Werte in Händen“. Aus dieser Bemerkung schließt das „Ceuvre“, es handle sich also wohl um die Konfiszierung von Einnahmen und Beschlagnahme von Besitz der deutschen Privatgesellschaften im Elsaß und im Rheinland. Das Blatt erklärt, das Wort „Moratorium“ in der französischen Note lasse übrigens darauf schließen, daß man nur an den Privatbesitz herangehen wolle, denn alle Diktatorien erklären, daß es im Begriff des Wortes „Moratorium“ liege, Argumente und Handlungen mit Argumenten und Handlungen der gleichen Art zu beamtworten. Darum erbehe sich, wenn die deutsche Regierung sich weigere, die Privatbesitzer ihrer Staatsanleihen zu begleichen, die französische Regierung darauf antworten werde, indem sie die Hand wiederum auf den Privatbesitz lege.

Diese Erörterungen täuschen aber in Paris nicht über den Ernst der Meinungsverschiedenheit mit der belgischen Regierung hinweg. Die belgische Regierung mißbilligt das Vorgehen Poincarés in höchstem Maße, und wenn jedoch Ministerpräsident Theunis in sehr diplomatischer Form und mit gewählten Worten einem Vertreter des „Ceuvre“ erklärte, daß es sich um keine grundsätzliche Frage handle, muß man doch bedenken, daß die Belgier den Standpunkt vertreten, man dürfe die deutsche Regierung in dem Augenblick, in dem sie ihre Unmöglichkeit, Staatsschulden zu begleichen, erklärt, nicht dazu zwingen, daß sie unter dem Druck von Gewalt vor diesen Staatsschulden nunmehr Forderungen bezahlt, die aus ge-

vier Bänden neun Erzählwerke des Dichters, von „Beate und Mareile“ bis zu den „Küchinnen“, und umfaßt den Zeitraum zwischen den Jahren 1903 und 1915.

Naturgemäß können die Probleme, welche in diesem Rahmen, Lösung findend, auftreten, nunmehr höchst innerlicher Art sein; dementsprechend werden auch die von ihnen hervorgerufenen Konflikte von dem Dichter ebenso distrikt behandelt, wie sie in diesen Kreisen des doroböideutschen Adels und Hochadels, tatsächlich verlaufen. Diese heimliche Lurart einer nicht mehr abstreifbaren Gebundenheit: ein Flattern des Willens zum Leben in der Jugend, im reifen Alter ein banges, zuletzt in feuchende Resignation übergehendes Harren — eine von verhaltenen Tränen betante Sehnsucht nach einer Erfüllung, die immer verjagt bleibt, wird selbst in entgegengesetzten Augenblicken, wenn auch fühlbar genug, doch von keinem grell bezeichneten Wort verfehlt. Der Dichter verneint es, über Dinge zu reden, die in seiner ungemittelt lebensvollen und daher seiner Erläuterung bedürftigen Darstellungsweise selber vielfach hervorkommen, und kann sich dies im berechtigten Vertrauen auf die unmittelbare Wirkung seines reiflos temporierten Stils ohne Zweifel gestatten.

Dieser Keyserlingsche Stil besitzt die wohlthätigen Vorteile der Abgelenktheit sowohl wie diejenigen der unter scheinbar absichtlicher Sachbildung verborgenen Melodist unüßbarer Leidenschaft; und obgleich er jeglichen Gepräges, ja, jedes nach so bescheidenen Herrrats entbehrt, eignen ihm doch die beidseitigen Reize einer subtilen Kenntnis und Verwertung des Wortes, einer Wortkunst freilich, die weniger ein Produkt fleißiger Arbeit als einer starken, frei sich ausbreitenden Begabung und bewußten Ruhe darin zu sein scheint. Die Worte tauchen wie aus einem tiefen Quell und fügen sich aneinander nach dem regelmäßig pulstierenden Rhythmus eines fest verwurzelten und völlig erblühten Weltgefühls.

Menschen suchen die Fülle des Lebens und finden, daß sie ihr nicht gewachsen sind. Sie ziehen sich zurück, verjagt auf die große Linie, oder machen ein Ende, wenn sie den Verzicht nicht tragen können. In jedem Falle ist ihr Jüngersein vergeblich. Das ist alles. Aber es ist bis in die letzte Faser des dichterischen Ausdrucks angefüllt mit dem, was Leben heißt. Die Landschaft wachst mit Wohllichkeiten, Gärten, Straßen, Feldern, Waldungen; so deutlich heraus, daß einzelne Bilder sich empfangen wie vertraute Entwürfe persönlicher, wenn auch längst in dem silbernen Schimmer traumhafter Erinnerung zurückgekehrten Lebens; der Duft von Obstbäumen und Gemüsepflanzen und Blumenlagern, der Hauch von Weizen und Tamendrüben, abendliche Aebelsbildungen im Tal, mittelaltliche Samenlede am Fuß hoher Bäume, die rane Talle sommer-

licher Stimmungsreize wird hier ausgebreitet. Denn es ist die Heimat, die den von ihr entsetzten Dichter ausschließlich die Szenerie des Geschehens bietet, weil er selber von der Sehnsucht nach ihr verzehrt wird. Und nun die Gestalten, die inmitten dieser atmen, individuell norddeutschen Landschaft umhergehen leidend und Leidens bereidend, flüchtig vom Glück gestreift, handelnd oder betrachtend! Ihre Plastik zeichnet sich aus vor allem durch jenen erquickenden Mangel an Aufdringlichkeit, welcher das Merkmal einer literarisch ganz unentzogenen Erzählweise zu sein pflegt und verbunden ist mit einer bei aller Zurückhaltung gleichwohl verblüffenden Psychologie. Es besitzen sonach die Gestalten Keyserlings eine fast rührende Wärme des persönlichenoloris, eine Anschaulichkeit des Menschlichen, durch welche die Distanz, die eben diese Leute zwischen sich und der Umwelt erbilden und pflegen zu müssen als typisches Schicksal erleben, für die Dauer des künstlerischen Nach- und Hinterlebens überwinden wird. Diese Aristokraten erscheinen noch in ihrem Wohlmut liebenswert, denn er ist tragisch, geboren aus dem schmerzlichen Gefühl, von den bezaubernden Mächten des Lebens zu leicht — oder zu schwer bezaubert zu sein. Und der Lesende versteht: es ist nicht immer vornehm, mit dem Leben fertig zu werden, aber es ist in jedem Falle vornehm, Haltung zu bewahren, wenn das Fertiggeworden, die Begrenzung der Verhältnisse, nicht gelungen ist.

Und es bleibt die Erkenntnis, daß auf den im Verlauf der nationalen Entwicklung erwachsenen Höhen gesellschaftlicher Kultur das Leben keineswegs abgehorben ist, sondern, wie durch die unanfechtbare Darstellung eine Wissenben hier kundgetan wird, geistig und seelisch mit ihm gerungen wird, wie überall im Kreislauf des Werdens, Blühens, Fruchtbringens und Vergehens, und häufig auch dort, wo er einen bestimmten Rhythmus angenommen hat. So erquickt es denn herzhaf und ist tödlich zu genießen. Intérieurs und Freilichtstimmungen von einer Erlesenheit, wie sie nur noch in den Worten Stefan Georges Raß und Klang in begaubernden Worten angenommen haben, auf sich wirken zu lassen und bekaufen, heimlich und unsichtbar, auf verschlungenen Wegen jenen Wesen nachzugehen, die ein Rosenstück mit der gleichen Empfindungsfülle zu würdigen wissen, wie sie bei der Wahl einer Nummer einrichtung, den differenzierten Anstreng betätigen und im übrigen dem Für und Wider ihres Erzens mit jenem schmerzlichen Erstaunen laum zu folgen wagen, das, allmählich zu ganz leiser Ironie sich wandelnd, als das Merkmal einer unerbreitlichen seelischen Tradition zu betrachten ist.



Verpflichtungen deutscher Staatsbürger aus der Kriegszeit hergeleitet werden. Ein derartiger Standpunkt, so bemerkt dazu der Korrespondent der „Frankfurter Ztg.“, ist logisch, und man kann sich deshalb nur denken, daß wenn Poincaré die angebotenen Zwangsmaßnahmen vor dem Beginn der Londoner Konferenz durchführt, er nichts anderes im Auge hat, als mit einem Druckmittel in der Hand sich zu den Besprechungen nach England zu begeben.

Im übrigen kann festgestellt werden, daß der gestrige Katastrophale Rückgang der Mark in Pariser Bank- und Finanzkreisen einen geradezu niederschmetternden Einbruch gemacht hat. Hier erklärt man ausdrücklich, daß nur die Note Poincarés hierfür verantwortlich zu machen sei.

Der „Petit Parisien“ berichtet über den französischen Reparationsplan, den Poincaré nächste Woche in London entwickeln wolle. Obgleich das Blatt nichts genaues wisse, sagt es, es sei nicht schwer, diesen Plan zu erkennen. Dieser Plan enthalte zwei Teile. Der erste Teil beschäffte sich mit der Befreiung der definitiven deutschen Schuld, die verknüpft werden soll mit einer Regelung der interalliierten Schulden, und der zweite Teil beschäffte sich mit den Kontrollmaßnahmen. Die deutsche Schuld, wie sie am 5. Mai 1921 festgesetzt worden sei, werde nach diesem Plan in zwei Teile geteilt. Der erste Teil bestehe aus dem Betrag der Obligationen der Serien A und B und betrage also 50 Milliarden Goldmark. Der zweite Teil bestehe aus den Obligationen der Serie C, erreiche also die Summe von 70 bis 85 Milliarden Goldmark. Der erste Teil der deutschen Schuld solle für realisierbar erklärt werden und von dem zweiten Teile sollten, je nachdem diese Maßnahmen durchgeführt werden könnten, Beträge gestrichen werden. Der ganze Betrag des ersten Teiles der deutschen Schuld in Höhe von 50 Milliarden Goldmark müßte dann aber ausschließlich für die Reparationen verwendet werden. Die Mobilisierung solle erfolgen durch internationale Anleihen und es solle gleich im ersten Stadium der Zahlungen festgelegt werden, daß die Sachlieferungen beispielsweise nur 30 Prozent des Gesamtbetrages der Schulden ausmachen können. Als Kontrollmaßnahmen seien vorgesehen eine Währungsreform, eine Stabilisierung der deutschen Mark und ferner eine Kontrolle der Einnahmen, damit diese direkt dem Garantieauschuss übermittelt werden könnten, und endlich eine Abgabe vom Kapital beispielsweise dadurch, daß 25 Prozent vom Kapital der deutschen Industrieunternehmen vom Leide eingezogen würden. Das seien einige der Initiativen, die es gestatten würden, mit Hilfe der alliierten Regierungen die Finanzvorsumstände über Deutschland anzurichten und den Tag abzuwarten, an dem Deutschland in der Lage sein werde, im Ausland Geld aufzunehmen, wodurch diese Bevornahme der Alliierten fallen und auf die Inhaber der deutschen Schuld übergehen würde.

### Englische Kritik an den Sanktionsdrohungen Poincarés.

Der britische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Poincarés Ultimatum ist angeht die drohenden Zwangsmaßnahmen am Samstag als eines der ernstesten diplomatischen Schriftstücke einer ersten Zeit zu betrachten, dessen unmittelbares Ergebnis kaum den gewünschten Erfolg haben kann, obwohl der französische Ministerpräsident in vollem Voraussehen handelte, daß die Mark um 500 bis 600 Punkte fallen würde. Es ist versucht worden, Frankreichs selbständiges Vorgehen zu rechtfertigen mit der Begründung, daß diese Angelegenheit nicht der Zuständigkeit des Reparationsausschusses unterstehe. Dies mag richtig oder falsch oder unkorrekt sein, aber es liegt auf der Hand, daß das Vorgehen ungeheuer ist, abgesehen von der Tatsache, die sich aus der kritischen, belgischen und wahrscheinlich auch italienischen Antwort auf die deutsche Note zeigt. Wie die Angelegenheit durch die interalliierten Regierungen geregelt wurden, immer wieder, wie z. B. bei der Konferenz von Cannes, ist die durch die alliierten Minister im Zusammenhang mit der Reparationsfrage erörtert worden. Hierzu kommt, daß Sanktionen (außer in gewissem eng begrenztem Umfang) von einer der Mächte bereinzelt vorgenommen werden können, gewiß nicht ohne vorherige Beratung, eine Regelung, die Frankreich selbst in jedem Fall zu beachten sich verpflichtet hat.

Zu den deutschen Vermutungen, daß die Zwangsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen und im Rheinland erfolgen könnten, bemerkt der Mitarbeiter: In juristischer Beziehung würden die Alliierten Frankreichs vielleicht nicht in der Lage sein, bei Sanktionen im Elsaß zu intervenieren. Aber andere Sanktionen, z. B. im belgischen Gebiet, könnten von Frankreich nicht selbständig vorgenommen werden, außer unter Verletzung des Versailler Vertrages und unter Nichtachtung der interalliierten Rheinlandskommission. Frankreich würde es sich wohl überlegen, ehe es den Versailler Vertrag zerreiße. Der Mitarbeiter führt weiter aus, in britischen Kreisen werde naturgemäß energisch Einspruch gegen den Satz erhoben, in dem Poincaré behauptet, daß die deutsche Schuld in Anspruch genommen habe, in dieser Frage nicht nur im Interesse des französischen Bürgers, sondern auch in dem der anderen Signatarmächte zu sprechen. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schließt: Tatsächlich hat die französische Regierung zum mindesten Großbritannien in unangenehme Verlegenheit gebracht, eine einmalige Anfrage der deutschen Regierung, ob Poincaré in seiner Note Englands Anschauungen und Interessen vertritt, mit „Nein“ beantwortet zu müssen.

### Zur Frage der interalliierten Verschuldung

wird der „Frankf. Ztg.“ unter 3. August aus London berichtet: Es ist nicht zweifelhaft, daß die englische Regierung die erneute Ablehnung der Idee der Streichung der englischen Schuld an Amerika in der amerikanischen Presse bekümmert voraussetzt. Der amerikanische Korrespondent der „Morning Post“ meldet dies auch als die Auffassung Washingtons. Die erneute Erklärung amerikanischer Stimmen, daß die Streichung nicht in Betracht komme, bietet jedoch der englischen Regierung innerpolitisch einen Rückhalt und Beweis, alles getan zu haben, um den englischen Steuerzahler zu entlasten. Ferner veranlaßt die Valseur-Note diejenigen, welche die Regierung zum Nachlass der französischen Schuld drängen, ihre Sprache zu verstärken. Alles dies ist innerpolitisch beachtenswert.

Im Verhältnis zu Amerika kommt in Betracht, was der amerikanische Korrespondent der „Times“ als Meinung maßgeblicher Kreise berichtet, daß zwar für absehbare Zeit der amerikanische Verzicht auf die reine englische Schuld ausgeschlossen sei, daß aber die Entscheidung dahin tendiert, bei geeignetem Verhalten Frankreichs die via London kontrahierten französischen Schuld davon verschieden zu behandeln und sie gegebenenfalls zu streichen. Dies würde das Problem wesentlich erleichtern und macht es begreiflich, warum England die Entscheidung hinauszögert und zunächst eine europäische Ordnung der Dinge anstrebt.

Neuer meldet aus Washington: Kommentare zu der Note Valseurs sind nicht zu haben. Die Finanzkreise neigen zu der Annahme, daß die Note hauptsächlich bestimmt ist, die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poin-

caré zu beeinflussen. Die amtlichen Kreise erklären sich zufrieden damit, daß die britische Regierung erklärt, sich bereit zu machen, die Forderung der britischen Schuld an Amerika im Oktober zu vollziehen. Ein Ergebnis der Note werde vielleicht sein, die Neigung der amerikanischen Schuldenkommission zu verstärken, in der nächsten Session dem Kongress ein Gesetz anzupfehlen, das die Rinszahlungen herabsetzt und die Periode für die Rückzahlung der britischen Schuld erweitert. Die „Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel: Das einzige Land, das Grund habe, sich über die Valseur-Note zu freuen, sei Deutschland, weil die Note geeignet sei, die Kluff zwischen Großbritannien und Frankreich zu erweitern.

### Gegen die Kriegsschuld-Legende.

Im Stuttgarter „Neuen Tagblatt“ tritt Generalleutnant a. D. Kabisch in Stuttgart, ehemaliger Chef des Generalstabes des Gouvernements Metz und Führer einer Grenzschaubteilung, den Behauptungen des Pariser „Echo National“ von der Auffindung neuer Dokumente entgegen, die die Kriegsschuld Deutschlands im Sinne des Artikels 231 des Vertrages von Versailles beweisen sollen, insbesondere der Legende von einem Befehl an die Junktion Metz zur Störung der drahtlosen Verbindung Poincarés während seiner Überfahrt nach Petersburg im Juli 1918 und von einem an die Deckungsstruppen von Metz am 29. Juli 1918 ergangenen Bereitschaftsbefehl. Er weist beide Behauptungen kurz und bündig als Lügen zurück und schreibt u. a.:

Was die Behauptung betrifft der Störung der drahtlosen Verbindung Frankreichs mit dem Schiff des von Petersburg zurückkehrenden Präsidenten Poincaré anlangt, so überlasse ich es Sachverständigen, sich darüber zu verbreiten, ob Metz überhaupt imstande war, den Eiffelturm zu hören, der der Metz Station weit überlegen war, oder ob zur Störung von Funkogrammen des Schiffes die Stationen Nancy und Nord-eich nicht sehr viel geeigneter gewesen wären als Metz.

Nun zu der Instruktion aus der Gegend von Metz, die angeblich lautet:

„29. Juli 1918 (2). Von heute mittag ab werden die Deckungsstruppen ihre Dispositionen treffen.“

Soll es heißen 1912, würde es sich natürlich um eine Feststellungshandlung handeln, soll es aber heißen 1914, so ist die Sache einfach gelogen. Aus meinem Tagebuch geht klar hervor, erstens, daß am 29. Juli überhaupt keine Befehle an die „Troupes de couverture“, d. h. den Grenzschaubteilungen, ergangen sind; zweitens, daß am 30. Juli nur der Befehl und Befehlsnachricht, der sich gegen Sabotageversuche richtet, in Kraft trat, während die vom Generalkommando als verantwortliche Grenzschaubteilung bestellte Beobachtung des Grenzschaubes vom Kriegsministerium verhindert wurde; drittens, daß wir Angehörigen der Grenzschaube Metz am 31. Juli, vormittags, nicht mehr an Krieg glaubten.

Gegenüber diesen Tatsachen fallen die Entdeckungen des „Echo National“ in sich zusammen und damit auch der Versuch Kardies, mit diesen gefälschten und erdichteten Dokumenten die Legende von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg neu unterbauen zu wollen.

### Warum Deutschland nicht „erfüllen“ darf.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Grzld.-Korr.“: „Wie der „Populaire“ mitteilt, soll Poincaré vor einigen Tagen die politischen Redakteure einiger großer Blätter, „Matin“, „Petit Parisien“, „Echo de Paris“ und „Petit Journal“ zu sich berufen und zu ihnen gesagt haben, man gehe ganz einfach der ständigen Befehle der linken Rheinrufer entgegen. Er, Poincaré, wäre untrübselig, wenn Deutschland bezahle würde. (!) Man wäre dann verpflichtet, die Rheinprovinz zu räumen, und man verlore dadurch den Nutzen der Anstrengungen, die man unternähme, um diese Bevölkerung friedlich, aber mit der Waffe in der Hand, zu erobern. „Glauben Sie“ — so habe Poincaré die Journalisten gefragt — „daß es besser ist, Geld einzulassen, als neues Gebiet zu erwerben? Ich meinerseits denke, daß es besser ist, zu bezahle und zu erobern, als einzulassen. Sie werden verstehen, warum wir ein starkes Heer brauchen, einen wachstamen Patriotismus und dazu das einzige Mittel, das darin besteht, sich so einzurichten, daß unsere Gegner, die Besiegten, überhaupt nicht erfüllen können. Wenn Deutschland seine in Versailles unterzeichneten Verpflichtungen ausführen würde, dann wäre es mit der Wacht unseres Heeres dahin. Dann müßte man abziehen.“

Die zynische Offenheit, mit der der verantwortliche Staatsmann Frankreichs hier von der Verletzung der Rheinlandsbesetzung spricht, zeigt mit erschütternder Deutlichkeit, wie sicher sich der französische Imperialismus in seinen Raubgelüsten fühlt, und für wie überflüssig er es hält, dieser seiner wachsenden Expansionspolitik überhaupt noch ein Mäntelchen umzuhängen. Man wird in London, Rom und Washington gut tun, sich mit den Mitteilungen des „Populaire“ näher zu befassen, damit man dort endlich einmal weiß, wie es mit der „Friedensliebe“ Frankreichs und seiner jetzigen Regierung in Wirklichkeit aussieht.

### Pfalz und Odenwald als künftiger Kriegsschauplatz.

Grz. In jedem Heft der „Nouvelle Militaire Française“, der „Nouvelle Infanterie“, der „Nouvelle Artillerie“ und anderer ähnlicher Zeitschriften werden die Ergebnisse des großen Krieges besprochen und ausgemerzt. Ein besonders deutliches Beispiel der neuen französischen Militär-Schriftstellerei enthält ein Aufsatz in der „Nouvelle Militaire Française“ vom 1. März 1922, eine Studie über ein System der Artillerie des Oberleutnant Kuffel, der sich mit den Erfahrungen des Weltkrieges in bezug auf die Verwendung der verschiedensten artilleristischen Systeme beschäftigt und zu einem auch für Deutschland interessanten Ergebnis kommt. Kuffel gelangt zu dem Schlusse, daß die französische Artillerie noch dreierlei Ergänzungen nötig habe: eine Begleitartillerie, ein langes Geschütz und eine leichte Feldhaubitze. Die Notwendigkeit dieser letzten Feldhaubitze wird damit begründet, daß der nächste Krieg, den Frankreich zu führen habe, voraussichtlich Odenwald, die Pfalz, den Taunus, den Odenwald, den Sundrind und die Ardennen zum Schauplatz haben werde und daß das heutige französische 75-Millimetergeschütz wegen seiner zu großen Kanalanfang für diese Kampfgebiete nicht geeignet sei; die gestreckte Flugbahn würde es nicht erlauben, hinter die stärker beschützten Anhöhen zu schießen, die in jener Gegend häufig sind und sogar erhebliche Steilabfälle aufweisen.

### Kurze polit. Nachrichten.

Lord Cecil für internationale Abrüstung. Lord Robert Cecil sagte in einer Rede in Oxford, der Völkerbund müsse nicht nur gegen den Angriffskrieg vorgehen, sondern er müsse auch den

Geist der internationalen Zusammenarbeit in der Welt säufen. Eines der dringendsten internationalen Probleme, nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Seite, sondern auch wegen seiner Beziehungen zum künftigen Weltfrieden, sei, eine Formel zu finden für die internationale Abrüstung. In Frankreich bestehe eine der Hauptschwierigkeiten darin, daß zahlreiche Leute behaupteten, wenn man Deutschland nicht die Pistole auf die Stirn setze, werde man nichts erhalten. Auf der anderen Seite werde aber Amerika kein Geld geben, solange Europa keine Mittel für Abrüstungen verschwende. Er sei davon überzeugt, daß die Rüstungen genau wie im Jahre 1914 die Hauptgefahr für einen künftigen Krieg bildeten.

\* Der Streit in Oberitalien. Am Streit in Oberitalien ist immer noch ein Teil des Eisenbahn- und Tramwaypersonals sowie der Hafenarbeiter beteiligt. Jedoch nimmt der Dienst in verringertem Umfang seinen regelmäßigen Fortgang. In den Städten herrscht Ruhe. Zwischenfälle gab es nur in Livorno, wo ein Faschist verhaftet wurde. Darauf sind zwei des Attentats Verdächtige von Faschisten aus Mache getötet worden. Bei Ancona entgleiste ein Eisenbahnzug infolge absichtlicher Beschädigung des Gleises durch Streikende. Eine Person ist tot, zwei Personen sind verwundet worden.

### Badische Uebersicht.

#### Erhöhung der für das Ruben der Versorgungsgebühren der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen maßgebenden Einkommensgrenze des Reichsvorsorgungsgesetzes.

Die für den Beginn des Rubens der Versorgungsgebühren maßgebende Jahreseinkommensgrenze ist vom 1. April 1922 ab von 7000 M. auf 18 000 M. erhöht worden. Bei dieser neuen Einkommensgrenze sind neben der Ermäßigung entsprechend der Veranlagung zur Einkommensteuer für den Versorgungsberechtigten im Betrage von 2400 M. die Abzüge des Einkommensteuergesetzes für Werbungskosten usw. bis zur Höhe von 5400 M. bereits berücksichtigt und zwar gleichmäßig für alle Versorgungsberechtigten ohne Rücksicht darauf, ob sie im Erwerbsleben stehen oder nicht. Der Unterschied zwischen den für das Ruben der Versorgungsgebühren maßgebenden einzelnen Einkommensstufen beträgt jetzt nicht mehr 1000 M., sondern 2000 M. Unter Zugrundelegung der neuen Einkommensgrenzen beginnt demnach ein Ruben der Versorgungsgebühren mit 17 000 M., wenn ein verheirateter Versorgungsberechtigter ohne Kinder 20 400 M., mit 2 Kindern 27 600 M., mit 4 Kindern 34 800 M. Jahreseinkommen bezieht. Die gesamten Versorgungsgebühren — abgesehen von der Schwerbeschädigtenzulage mit der entsprechenden Ausgleichs- und Ortszulage und der Pflegezulage sowie den Unterhaltskosten für den Blindenführerhund — ruben bei denselben Versorgungsberechtigten bei einem Jahreseinkommen von 88 400, 65 600 und 52 800 M.

Die neuen Einkommensgrenzen finden jedoch nur dann Anwendung, wenn der Berechnung für das Ruben der Versorgungsgebühren das mutmaßliche Jahreseinkommen von 1922 zugrunde gelegt und dies von dem Versorgungsberechtigten ausdrücklich beantragt wird. Im allgemeinen wird die Anwendung der neuen Einkommensgrenzen nur dann Vorteile bringen, wenn sich das Einkommen der Versorgungsberechtigten seit 1920 nicht oder nur mäßig erhöht hat. Ist ein Antrag auf Zugrundelegung des mutmaßlichen Jahreseinkommens für 1922 gestellt, so wird die neue Rubensberechnung durchgeführt ohne Rücksicht darauf, ob der Versorgungsberechtigte gegenüber der früheren Rubensberechnung Vorteile hat oder nicht. Wenn der Antrag vor dem 1. Juli 1922 gestellt worden ist, werden die neuen Einkommensgrenzen vom 1. April 1922 ab angewendet, bei später gestellten Anträgen ab erst vom 1. Tage des Antragsmonats ab. Die Versorgungsämter, an welche die Anträge auf eine neue Rubensberechnung zu richten sind, sind angewiesen, diejenigen Fälle beschleunigt zu bearbeiten, in denen der Versorgungsberechtigte bei Zugrundelegung der neuen Einkommensgrenzen wesentlich günstiger steht. Alle anderen Anträge werden bis nach erfolgter Durchführung der Umrechnungen zurückgestellt.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Baden, 8. Aug. Das Getreidelagerhaus Baden hielt am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung seine Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Genossenschaft gut gearbeitet hat. Der Reingewinn in Höhe von 96 000 M. wurde dem Reservefonds überwiesen. Den Mitgliedern wird auf das angelegte Getreide-Fuhrlohnvergütung gewährt, wobei die hagelgeschädigten Mitglieder besonders berücksichtigt werden sollen. Die ausstehenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden wieder gewählt. Die Geschäftsanteile wurden auf 1000 M., die Hoffsumme auf 5000 M. erhöht. Eine rege Aussprache fand über die Getreideumlage statt. Man war einstimmig der Ansicht, daß bei dem besten Willen das, was gefordert wird, nicht aufgebracht werden könne, weil die Ernte sehr schlecht ausfalle. Otonomisiert man auch berichtet noch über die Getreidehalbmühle und die Getreidehalmpflege und gab Fingerzeige zu deren Bekämpfung, da diese gerade in diesem Jahre mit die Ursache der schlechten Ernte ist.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### \* Sommeroperette im Städtischen Konzerthaus. „Der Tanz ins Glück“

Beteiligt sich die letzte Reihe, mit der das Bonner Neue Operetten-Theater Karlsruhe gestern beglückte. Wir sind auf dem Gebiete der Operette seit Jahren anspruchsvoll geworden und haben es längst aufgegeben, die Masse moderner Schablonenarbeit kritisch unter die Lupe zu nehmen. Angesichts der Ausichtslosigkeit eines derartigen Unterfangens wollen und können wir uns auch diesem neuen, textlich und musikalisch gleich nicht-sagenden und faden Hilfsprodukt gegenüber Zeit und Mühe in dieser Hinsicht sparen. Zumal die Mehrheit des Publikums angesichts der abgeklärten Reim- und Nummernrechenungen, zu denen sich die Darsteller in den angeblichen „Tanz“-nummern gezwungen sehen — Grotesken, die zum Teil ins Ringel-Tangel oder in den Zirkus gehören, in einzelnen Kösen aber eher an eine Balgerei von Straßenjungen, als an einem Tanz erinnerten — in die übliche Verzückung geriet, und damit befandete, daß sie wieder einmal hatte, was sie zumal. Besser als das von Robert Bodanzky und Bruno Gardi-Warden gemesserte Maduvel, zu dem Robert Stolz den adäquaten musikalischen Beiwerk beigesteuert, war die Aufführung, um die sich vor allem Mary Doré, Gertrud Janowitz, Karl Loebeck, Erwin Frieser und Theo Knapp mit Erfolg bemühten.



**DZ. Beim Postfachamt in Karlsruhe** waren Ende Juli 40 771 Kontoinhaber vorhanden. Auf den Postfachrechnungen sind in diesem Monat gebucht worden: 8 024 514 000 M. Guthabens, darunter 418 066 Einzahlungen mit Barkasse über 1 716 582 000 M. und 523 000 Überweisungen über 6 304 829 000 M. Die Postbriefen betragen 7 748 115 000 M. darunter befinden sich 7 757 Kassenscheide über 142 648 000 M. 2039 im Reichsbankgros- und Abrechnungswege beglichene Auszahlungen über 190 701 000 M., 304 068 Zahlungsumweisungen über 615 248 000 M. u. 531 876 Überweisungen über 6 799 513 000 M. Der Gesamtumsatz im Monat Juli betrug hiernach 15 772 629 000 M., davon wurden bargeldlos abgebildet 13 294 543 000 M. oder 84,29 v. H. — Das Gesamtguthaben der Kontoinhaber des Postfachamts machte am Monatschluß 1116 1/2 Millionen Mark aus.

**DZ. Diebstähle.** In den letzten Tagen wurden in der Kaiserstraße aus einem verschlossenen Aufbewahrungsraum folgende Stoffe usw. gestohlen: 29 Meter weißer Halbflanell mit blauen oder schwarzen Streifen, 11 Meter Halbleinen, 15 Meter blauer Schürzenstoff, 14 Meter Poppier mit Blastristen, 15 Meter graues Futter, 16 Meter schwarzes Futter, 7,5 Meter dunkelgrüner Cheviotstoff, 120 weiße Handtücher, 120 dito mit roten Streifen, 285 Handtücher grau mit weiß, 24 Küchenschindeln grau mit roten Streifen, 5 Tischdecken (Art Panama) mit verschiedenfarbigen Selbstbinder und 5 Coupons Sockenleder. Ferner wurden folgende Fahrräder gestohlen: Marke Brennabor, Fabriknummer 338 308, Marke Continental, Fabriknummer 650 301 und Marke Kaumann, Nummer unbekannt. Aus einem Keller in der Kankestraße wurden 400 Kaffeeer entwendet.

## Badische Gemeindegasse.

Der Fremdenverkehr in Freiburg 1920 und 1921.

Vom Statistischen Amt Freiburg geht uns der folgende Artikel zu, der interessante Angaben über den Fremdenverkehr nicht allein in Freiburg, sondern auch in anderen badischen Städten enthält:

Eine große Bedeutung für die Wirtschaftsbilanz eines Landes kommt dem Fremdenverkehr zu. Schon lagge hat man dies erkannt und Länder und Städte waren eifrig bestrebt, die Aufmerksamkeit der Fremden auf sich zu ziehen. Länder, die sich vor anderen durch gesundes Klima, Natur Schönheiten, Denkmäler alter Kunst oder andere Sehenswürdigkeiten auszeichneten, hatten darin leichtes Spiel, so besonders Italien und die Schweiz. Für Italien wurden die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr im Jahre 1913 auf ungefähr 500 Millionen Lire jährlich berechnet. Die Höhe dieses Betrages läßt ohne weiteres erkennen, daß der Fremdenverkehr dort einen wichtigen Faktor für das Volkseinkommen darstellt, vielleicht ebensolche als für andere Länder der Erzeigung oder die Wälder. Nach einer Pressemitteilung (Freiburger Kur- und Fremdenzeitung Nr. 21 vom 18. Mai 1922), brachte der Fremdenverkehr vom Ausland im Jahre 1921 schätzungsweise 12 Milliarden Mark nach Deutschland, während die deutsche Ausfuhr insgesamt nur 12,5 Milliarden betrug. Nicht mit Unrecht wird daher von den interessierten Kreisen verlangt, daß der Staat die Pflege dieses Wirtschaftszweiges in die Hand nehmen und weiter ausbauen soll.

Auch für das Wirtschaftsleben des Landes Baden, welches ohne Fremdenverkehr nicht bestehen kann, wie der Stadt Freiburg, ist derselbe von außerordentlicher Bedeutung, zumal die Stadt durch Nachgebot des Feindbundes einen in wirtschaftlicher Hinsicht besonders wertvollen Teil seiner Einwohnerzahl verloren hat, nämlich die Garnison mit rd. 3500 Köpfen.

Die Verkehrszahlen hängen sich auf Anmeldungen der Hotels, Gasthäuser, Pensionen und Herbergen bei der polizeilichen Meldestelle, während die Zahl der Übernachtungen und das Erträgnis der Fremdensteuer beim städtischen Rechnungsamt erhoben wurden.

In den beiden letzten Jahren wurden in Freiburg Fremde gemeldet: 1920: 113 721 Fremde mit 283 640 Übernachtungen, 1921: 150 753 Fremde mit 343 048 Übernachtungen. Die Fremdensteuer ergab 1920 rund 170 000 M., 1921 rund 440 000 M.

Im Vergleich mit der Vorkriegszeit hat der Fremdenverkehr in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Die Zahl der Fremden betrug im Jahre 1920: 97 244 und in den beiden folgenden Jahren 102 962 und 110 523. Über den Fremdenverkehr in den Kriegsjahren liegen keine Angaben vor, der Krieg brachte aber demselben schwere Schädigungen. Nicht allein jeder Verkehr zwischen den kriegführenden Nationen hörte auf, sondern auch innerhalb des Reiches war er aus militärischen Gründen erschwert und nicht zuletzt waren durch die ungeheuren Ernährungsschwierigkeiten erhebliche Einschränkungen im Reisen geboten.

Die Einführung der Fremdensteuer im April 1920 ermöglichte neben der Fremdenzählung auch die Feststellung der Übernachtungen. Auch diese Zahlen lassen das gewaltige Anwachsen des Fremdenverkehrs im Jahre 1921, insbesondere in der Hauptreisezeit, deutlich erkennen; auffallend ist jedoch, daß die Zahl der Übernachtungen mit der Zahl der Fremden nicht gleichen Schritt hielt. Die Geschwindigkeit, mit der der Fremdenstrom unsere Stadt durchfließt, nimmt vielmehr mit seinem Wachstum zu. Während sich die Zahl der Fremden von 1920/21 um 33 Prozent vermehrt hat, beträgt die Steigerung bei den Übernachtungen nur 21 Prozent. Auf einen Fremden kommen Übernachtungen im Jahre 1920: 2,5 und im Jahre 1921: 2,3, vom Mai bis Oktober 2,4 bzw. 2,2.

Die vorstehende Übersicht zeigt ferner, daß der Fremdenverkehr im vergangenen Jahre in allen Monaten mit Ausnahme des Februar und April erheblich stärker war als 1920; die Zunahme beträgt insgesamt 33 Prozent. Seinen Höhepunkt erreichte er in beiden Jahren im August mit 21 327 und 18 206 Besuchern, die niedrigsten Zahlen haben aufzuweisen der April mit 8088 (1921) und November mit 6821 (1920) Fremden. Während 1920 nur 3 Monate (Juli, August und September) mit mehr als 10 000 Fremden vertreten waren, wurde diese Zahl 1921 in 7 Monaten (Mai bis September) überschritten.

Die Gründe, auf welche diese erhebliche Steigerung des Fremdenverkehrs zurückzuführen ist, sind verschiedener Art: einmal fielen langsam die Schranken, die der Krieg überall aufgerichtet hatte, dann war der Wert des deutschen Geldes stark gesunken, wodurch es auch dem weniger bemittelten ausländischen Ausländer möglich wurde, eine Reise nach Deutschland zu unternehmen. Hinzu kommt, daß Baden durch die Abtreibung von Elsaß-Lothringen an Frankreich Grenzland geworden ist, und Freiburg naturgemäß öfters das Ziel der westlichen Nachbarn ausserhalb wird. Unverkennbar ist auch der Einfluß der günstigen Witterungsverhältnisse im Vergleich auf den Reiseverkehr und vor allem üben die Festspiele auf der großen Reichsbühne bei der Karlsrufer Sommermonate, sowie die Ausgestaltung der Verkehrsunternehmen (Schwarzwaldbahnverkehr usw.) eine starke Anziehungskraft auf die Fremden aus. Ein nicht geringer Anteil am Fremdenverkehr darf wohl auf deren Konto gesetzt werden.

In Mannheim belief sich die Zahl der Fremden in den letzten beiden Jahren auf 114 123 und 117 280, von denen

17 659 bzw. 19 563 in Herbergen übernachteten, während 96 464 bzw. 97 717 in Gasthöfen abfielen. Der Fremdenverkehr der Stadt Karlsruhe weist im Jahre 1921 einen Besuch von 110 480 Fremden gegenüber 126 082 im Vorjahre auf, von denen 106 000 in Hotels und Gasthöfen, die übrigen in Herbergen und einfacheren Gaststätten übernachteten. Erwähnt seien schließlich noch die Fremdenzahlen Baden-Badens mit 85 681 und 57 603 und Wiesbaden mit 110 808 (1920). Die badische Badelstadt hatte sich also im vergangenen Jahre dank ihrer eifrigen Werbemaßnahmen einer außerordentlich günstigen Entwicklung zu erfreuen; auf 1000 Einwohner kamen 3292 übernachtende Fremde.

Für eine vergleichende Darstellung des Fremdenverkehrs der größeren Städte fehlen leider die erforderlichen statistischen Unterlagen, da einmal die Art der Erhebung, insbesondere die Behandlung des Herbergverkehrs, nicht überall die gleiche ist, dann aber sehen sich die in den einzelnen Städten gewonnenen Zahlen ganz verschiedenartig zusammen, je nachdem es sich um eine Industrie- und Handelsstadt oder eine ausgesprochene Bäder- und Fremdenstadt, also um Geschäfts- oder Vergnügungstouristen handelt. Ein gutes Vergleichsobjekt mit Freiburg bietet Heidelberg, wo ungefähr die gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse wie in Freiburg vorhanden sind und das in der Vorkriegszeit bezüglich des Fremdenbesuches an der Spitze der badischen Städte marschierte. Dort betragen die Verkehrszahlen in den Jahren 1912 und 1913: 186 900 und 167 720, im Jahre 1920: 107 972 und im Vorjahre 129 254; der Vorkriegsstand ist also noch nicht wieder erreicht.

Ein anschaulicheres Bild von der Anziehungskraft einer Stadt erhält man, wenn man die Zahl der Fremden in Beziehung setzt zur Zahl der Einwohner. Es zeigt sich, daß nicht die Großstädte, sondern vielmehr die mittleren Städte den relativ größten Fremdenverkehr zu verzeichnen haben. Nach einer statistischen Untersuchung vom Jahre 1912 war es insbesondere Heidelberg, welches den relativ stärksten Fremdenbesuch aller deutschen Städte in der Vorkriegszeit aufzuweisen hatte; dort kamen auf 1000 Einwohner nicht weniger als 3273 Fremde. Die Zahl der Fremden war mehr als 3 1/2 mal so groß, als die Zahl der Einwohner. An zweiter Stelle folgte Baden-Baden, sodann Ulm a. D., Koblenz, Wiesbaden und an 5. Stelle Freiburg mit 1711 Fremden auf 1000 Einwohner. Klein sind dagegen die Verhältniszahlen der Großstädte; so betrug die Zahl der Fremden in Hamburg nur 690, in Berlin gar nur 667 vom Tausend.

Auf die Verschiedenartigkeit des Materials, das für die Fremdenstatistik zur Verfügung steht, wurde oben schon hingewiesen; hier sei noch erwähnt, daß einige Städte nicht die Zahl der Fremden, sondern die Zahl ihrer Übernachtungen ermitteln. Gewiß wäre es ein großer Fortschritt, wenn eine allgemeine und einheitliche Fremdenstatistik eingeführt würde, die auch Aufschluß gäbe über die Zahl der Übernachtungen wie über Heimat, Beruf und Staatsangehörigkeit der Fremden. Der Vorteil einer solchen Statistik, die dann auch einen größeren Anspruch auf Genauigkeit machen könnte, würde nicht nur den beteiligten Kreisen des engeren Bezirks oder der Stadt, in welchen die Erhebungen gemacht werden, sondern auch insbesondere den staatlichen und städtischen Verkehrsverwaltungen zufließen, die nicht selten erhebliche öffentliche Mittel zur Erhebung und Förderung des Fremdenverkehrs aufwenden. Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn das Badische Statistische Landesamt im Hinblick auf die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für unser Grenzland die erforderlichen Schritte zur Einführung einer einheitlichen Fremdenstatistik bald in die Wege leiten würde.

## Zuchtvielmart und Zuchtvielschau in Lahr.

Der Zuchtvielmart in Lahr, offen für eingetragene und mit Ohrmarken versehene Tiere des mittelhochbadischen Verbandes, findet statt am **Dienstag, den 29. August 1922, vorm. 9 Uhr** beginnend, auf der Stadtparkwiese in Lahr.

Gleichzeitig findet eine Zuchtvielschau für eingetragene Genossenschaftstiere, die sich im Besitze von Genossenschaftsmitteln befinden, statt mit Prämierung von Zuchtsammlern, Rabbinen und Jungtieren, wobei Geldpreise von 100—500 M. zur Verfügung stehen können. Beginn der Prämierung vormittags 8 Uhr.

Wir laden hierzu Käufer und unsere Züchter zu zahlreicher Beteiligung ein.

Zur Deduktion der Ankosten wird eine Gebühr von 1 1/2 % der Verkaufspreise erhoben. **A.466** Lahr, den 1. August 1922.

Zuchtgenossenschaft Lahr: Duffner. Stadtrat Lahr: Dr. Alfelig.

## 4 1/2 % Hypothekendarlehen Seiner Durchlaucht des Fürsten Max Egon zu Fürstenberg und der Fürstlichen Standesherrschaft Fürstenberg zu Donaueschingen von 1913.

Bei der am 14. Juli 1922 vorgenommenen planmäßigen 9. Verlosung sind die nachstehenden Teilschuldverschreibungen gezogen worden:

**Serie A zu Nr. 2000.** — Nr. 99, 150, 199, 366, 442, 466, 556, 638, 702, 730, 792, 907, 996, 1023, 1065, 1120, 1174, 1379, 1449, 1488, 1642, 1686, 1724, 1757, 1768, 1805, 1933, 1966.

**Serie B zu Nr. 1000.** — Nr. 2004, 2142, 2143, 2159, 2172, 2214, 2428, 2450, 2474, 2737, 2779, 2908, 2927, 2999, 3510, 3536, 3734, 3740, 3902, 4044, 4129, 4299, 4324, 4330, 4352, 4496, 4521, 4632, 4681, 4767, 4853, 4938, 4996, 5007, 5032, 5120, 5223, 5399, 5440, 5483, 5512, 5536, 5544, 5584, 5605, 5689, 5731, 5792, 5805, 5852, 5855, 5954, 5960, 5964, 5977, 6019, 6087, 6041, 6060, 6091, 6101, 6173, 6182, 6233, 6437, 6496, 6508, 6602, 6608, 6697, 6719, 6860, 6984, 7070, 7181, 7193, 7206, 7358, 7395, 7621, 7663, 7698, 7785, 7919, 7990, 7994, 8021, 8030, 8073, 8252, 8258, 8273, 8279, 8307, 8410, 8412, 8442, 8452, 8505, 8654, 8819, 8831, 9003, 9052, 9112, 9239, 9298, 9334, 9520, 9579, 9589, 9631, 9645, 9718, 9734, 9749, 9814, 10022, 10090, 10098, 10297, 10328, 10469, 10550, 10588, 10605, 10612, 10673, 10687, 10738, 10780, 10835, 10944, 11200, 11213, 11276, 11333, 11359, 11445, 11456, 11485, 11522, 11585, 11623, 11717, 11748, 11763, 11914, 11942, 11953, 12094, 12110, 12137, 12174, 12180, 12203, 12307, 12510, 12528, 12682, 12976, 13053, 13063, 13080, 13141, 13159, 13182, 13252, 13324, 13353, 13425, 13461, 13673, 13686,

13701, 13722, 13762, 13765, 13823, 13825, 13944, 13949, 13983, 14134, 14136, 14173, 14656, 14871, 14943, 14960, 15033, 15261, 15415, 15603, 15672, 15722, 15862, 16047, 16070, 16203, 16212, 16251, 16272, 16288, 16415, 16532, 16564, 16609, 16662, 16689, 16950, 16998.

**Serie C zu Nr. 500.** — Nr. 17052, 17115, 17148, 17202, 17225, 17247, 17273, 17304, 17374, 17379, 17380, 17417, 17421, 17439, 17481, 17545, 17673, 17674, 17671, 17775, 17836, 17964, 18194, 18233, 18340, 18523, 18715, 18730, 18737, 18766, 18822, 18911, 18928, 18985, 18998, 19036, 19349, 19394, 19464, 19651, 19705, 19719, 19731, 19884, 19910, 20070, 20153, 20210, 20223, 20272, 20314, 20395, 20420, 20595, 20709, 20823, 20883, 20896, 20911, 20982, 20993, 21019, 21046, 21190, 21205, 21249, 21323, 21496, 21552, 21578, 21730, 21750, 21762, 21786, 21857, 21887, 21960, 22027, 22090, 22225, 22372, 22501, 22594, 22704, 22864, 22881, 22958.

Die Verlosung endigt mit dem 30. September 1922. Die Einlösung zum Nennwerte erfolgt vom 1. Oktober 1922 ab.

in **Berlin** bei der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie und der Mitteldeutschen Kreditbank;

in **Frankfurt a. M.** bei der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Elsaßischen Bankgesellschaft, der Deutschen Vereinsbank und der Mitteldeutschen Kreditbank;

in **Mannheim** bei der Rheinischen Kreditbank; in **Ludwigshafen** bei der Rheinischen Kreditbank; in **Karlsruhe** bei der Rheinischen Kreditbank, dem Bankhaus Veit S. Homburger und dem Bankhaus Strauß & Co.;

in **München** bei der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Bayerischen Handelsbank, der Bayerischen Vereinsbank, dem Bankhaus Merck, Fink & Co. und der Mitteldeutschen Kreditbank.

**Rückstände aus früheren Verlosungen.** **Serie A zu Nr. 2000.** — Nr. 57, 62, 471, 564, 703, 1087, 1248, 1392, 1572, 1618, 1620, 1702, 1708.

**Serie B zu Nr. 1000.** — Nr. 2073, 2074, 2075, 2224, 2480, 2554, 2589, 2595, 2601, 2801, 3557, 3564, 3565, 3588, 4037, 4601, 4839, 5010, 5326, 5493, 6224, 6241, 6729, 6733, 6885, 6890, 7116, 7188, 7498, 7504, 8043, 8702, 9075, 9299, 9392, 9936, 10042, 10222, 10226, 10410, 10412, 10446, 10482, 10495, 10662, 10663, 10695, 11569, 12078, 12185, 12569, 12571, 12624, 13253, 13575, 13645, 13744, 14006, 14583, 15084, 15232, 15343, 15369, 15616, 15719, 16134, 16379, 16565, 16667, 17959, 17975, 18010, 18545, 18699, 18901, 19208, 19715, 19923, 20297, 20324, 20825, 20837, 20847, 20861, 21006, 21023, 21073, 21162, 21185, 21232, 21369, 21374, 21867, 22047, 22065, 22252, 22268, 22537.

**Serie C zu Nr. 500.** — Nr. 17141, 17207, 17699, 19923, 20297, 20324, 20825, 20837, 20847, 20861, 21006, 21023, 21073, 21162, 21185, 21232, 21369, 21374, 21867, 22047, 22065, 22252, 22268, 22537.

Donaueschingen, den 29. Juli 1922. Fürstlich Fürstenbergische Kammer. Braun.

## Starkes Geschäftsrud und Handleiterwagen Metallbetten

Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Lebensmittellager Mathystr. 35. Eisenmöbelfabrik Zugl. Zähr.

## Bürgerl. Rechtspflege

### a. Streitige Gerichtsbarkeit.

**D.492.2.1** Bühl. Der Eisenbahnschaffner Karl Fritsch in Wülflertal hat beantragt, die verschollene Karolina Fritsch, geboren 2. Dezbr. 1864 zu Wülflertal, Tochter des Hermanns Benedikt Fritsch und der Johanna geb. Steuerver, zuletzt wohnhaft in Wülflertal, für tot zu erklären. Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Montag, den 26. März 1922, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht abzurufenen Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. — An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Bühl, 26. Juli 1922. **Bad. Amtsgericht 2.**

### b. Öffentliche Zustellung einer Klage.

**D.493.2.1** Philippsburg. Die am 15. Februar 1920 geborene Veria Josefina Siegel, die ledige Katharina Siegel, beide in Reudorf, Preßgebollmächtinger, Rechtsanwältin Dr. Dittener in Bruchsal, klagt gegen den Karl Sellmann, Sohn des Milchhändlers und Landwirts Rudolf Sellmann, zurzeit an unbekanntem Orten abwesend, früher in Huttenheim mit dem Antrag auf löstentfällige, vorläufig vollstreckbare Verurteilung desjenigen a) an der Klägerin Ziff. 1 außer der durch Urteil des Bad. Amtsgerichts Philippsburg vom 17. Febr.

## Verf. Bekanntmachungen

Schlosser, Schreiner (2 Lose), Asphaltarbeiten, Entwässerungs- und Installationsarbeiten für den Umbau des Aufnahmehauses Forzheim öffentlich zu vergeben. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschreibungen auf unserem Büro Lützenstr. 2, Zimmer Nr. 9, von 8 bis 12 Uhr, zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Angebots verschlossen mit entsprechender Aufschrift bis 14. August, vorm. 11 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung, postfrei und verschlossen an uns einzuliefern. Zuschlagsfrist 2 Wochen. **D.455** Forzheim, 28. Juli 1922. **Bahnbaupolizei.**

## Arbeitsvergebung.

Die Arbeiten des Rohbaus für die Forstwartshaus-Neubauten im Mittner (Thomassof) und in Stein (Erd-, Maurer-, Steinhauer-, Zimmer-, Schmied- und Blechearbeiten) sind nach Finanzministerialerlaß vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. **D.491.2.1** Einsicht in Zeichnungen und Bedingungen u. Abgabe der Angebotsvordrucke vom 7. August an bei der unterzeichneten Stelle. Desgleichen beim Forstamt in Stein an noch bekannt zu gebenden Tagen. Angebote verschlossen u. postfrei mit der Aufschrift „Forstwartshaus Mittner“ bzw. „Forstwartshaus Stein“ an den Vergebungsamt Karlsruhe bis 21. August, 10 Uhr vormittags, Eröffnung der Angebote, Zuschlagsfrist 14 Tage. **Karlstraße 31, Juli 1922.** **Begleitbauamt.**

## Bekanntmachung.

**D.494.** Stadtd. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Walter Weis, Installationsgeschäft, in Stadtd. betragen: Der verfügbare Massenbestand 27 925,92 M., die vorzugsberechtigten Forderungen 16 133,40 Mark, Rest 11 792,52 M. Die übrigen Konkursforderungen 51 040,36 M. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist zur Einsichtnahme der Beteiligten auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt. **Stadtd., 8. Aug. 1922.** **Konkursverwalter:** C. Sagen.

## Bekanntmachung.

Die übrigen Konkursforderungen 51 040,36 M. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist zur Einsichtnahme der Beteiligten auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt. **Stadtd., 8. Aug. 1922.** **Konkursverwalter:** C. Sagen.